

ERINNERUNGEN AN KANTHASAMY

Am 19. Juni 1988 wurde der Rechtsanwalt Kandiah Kanthasamy von Mitgliedern der 'Eelam Revolutionary Organisation' (EROS) in Jaffna entführt. Er tauchte nie wieder auf. Vieles spricht dafür, daß er später von seinen Entführern ermordet wurde. Das glauben zumindest die Freunde von 'Kanda', wie er liebevoll von ihnen genannt wurde.

Wie kaum ein anderer trug er dazu bei, die Situation der tamilischen Bevölkerung Sri Lankas international bekanntzumachen. Er war bis zu seiner Rückkehr nach Sri Lanka Anfang 1988 Direktor des angesehenen 'Tamil Information Centre' in London, Mitinitiator des 'Central British Fund for Tamil Refugees and Rehabilitation' (CBFTRR), und Mitbegründer der bis Oktober 1987 in Jaffna erscheinenden Wochenzeitschrift 'Saturday Review' (siehe auch: 'Südasiens', Nr. 6-7/88, S. 9).

Anläßlich des ersten Jahrestages des Verschwindens von Kandiah Kanthasamy fand in Colombo eine Gedenkfeier statt, bei der Reggie Siriwardene, sinhalaischer Sozialwissenschaftler im 'International Centre for Ethnic Studies, Colombo' (ICES) auf Einladung des 'Kanthasamy Commemoration Committee' eine bemerkenswerte Rede hielt, die wir nachfolgend in einer leicht gekürzten Übersetzung veröffentlichen.



Sri Lanka ist zum 'battlefield' geworden: Ohne Bewaffnung geht nichts mehr (Foto: Walter Keller)

Das 'Kanthasamy Commemoration Committee' hat als Abschluß ihres Gedenkbandes zum ersten Jahrestag der Verschleppung von Kandiah Kanthasamy mein Gedicht "Waiting for the Soldier" veröffentlicht. Der Grund dafür war offenbar, daß ein Freund ihm dieses Gedicht kurz vor seinem tragischen Ende nach Jaffna geschickt hatte. Ich schrieb es Ende 1987, zu einer Zeit also, da die vom 'indo-srilankischen Abkommen' geschürten Friedenserwartungen bereits wieder in einer Welle landesweiter Gewalt untergingen. Das Gedicht ist Ausdruck eines Gefühls der Ohnmacht und der Unfähigkeit, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und zu beeinflussen - eines Gefühls, daß man sich nur noch in die eigene intellektuelle Sphäre zurückziehen und seinen Interessen nachgehen könne; aber im Bewußtsein, daß das Privatleben jederzeit von der Gewalt und dem Chaos um uns herum eingeholt und überwältigt werden kann.

Ich komme auf den Inhalt dieses Gedichts zu sprechen, weil Kanthasamys Leben Beispiel ist für eine ganz andere Art, der dunklen Zeit zu begegnen, in der wir heute leben. Er war ein Mensch, der seine außerordentlichen Talente und Energien für seine berufliche Karriere hätte einsetzen und die sich daraus ergebenden Erfolge und Befriedigungen genießen können. Doch statt dessen entschied er sich für einen anderen Weg: für den Kampf gegen Ungerechtigkeit und die Unterstützung ihrer Opfer; für den unermüdlichen Einsatz gegen den Verlust von Menschlichkeit, Recht und Vernunft. Für diesen Kampf zahlte er mit seinem Leben.

Nein, das einzige, was Kanthasamys Tod mit demjenigen von Archimedes (in meinem Gedicht) gemein hat, ist der Triumph der nackten Gewalt über die Werte menschlicher Zivilisation. Und daher kann "Waiting for the Soldier" in Wahrheit kein Epitaph für ihn sein. Statt dessen möchte ich als Ausdruck meiner eigenen Gefühle über Kanthasamys Leben und Tod einige Zeilen des englischen Dichters W.H. Auden zitieren. Die Bescheidenheit und Stille dieser Zeilen scheinen mir angemessen, diesem Menschen zu gedenken, der so vieles bescheiden und ruhig vollbrachte und Rhetorik und Überschwenglichkeit verabscheute.

**When there are so many we shall have to mourn,
when grief has been made so public, and exposed
to the critique of a whole epoch
the frailty of our conscience and anguish,
of whom shall we speak? For every day they die
among us, those who were doing us some good,
who knew it was never enough but
hoped to improve a little by living.**

Als ich die Ehre hatte, vom 'Kanthasamy Commemoration Committee' für diesen Vortrag eingeladen zu werden, wählte ich "Gewalt und Menschenrechte" zu meinem Thema. Ich entschied mich dafür, da es mir am besten geeignet scheint, einem Menschen zu gedenken, der dafür lebte, die Rechte seiner Mitmenschen zu schützen, und der deswegen gewaltsam sterben mußte. Doch ich entschied mich auch dafür, weil in einer Zeit kein anderes Thema für uns von größerer Bedeutung sein kann, in der das fundamentalste aller Menschenrechte, das Recht auf Leben nämlich, in unserem Land tagtäglich verletzt wird. So ist der Inhalt meines Vortrags bestimmt von der Situation, mit der wir konfrontiert sind. Menschenrechte werden heute im Namen der Demokratie und staatlichen Sicherheit und Integrität durch den Staat verletzt. Doch gleichzeitig werden sie im Namen der nationalen und sozialen Befreiung auch von militanten Gruppen mit Füßen getreten. Es wäre unehrlich und heuchlerisch, sich nur mit der ersten Form der Gewalt

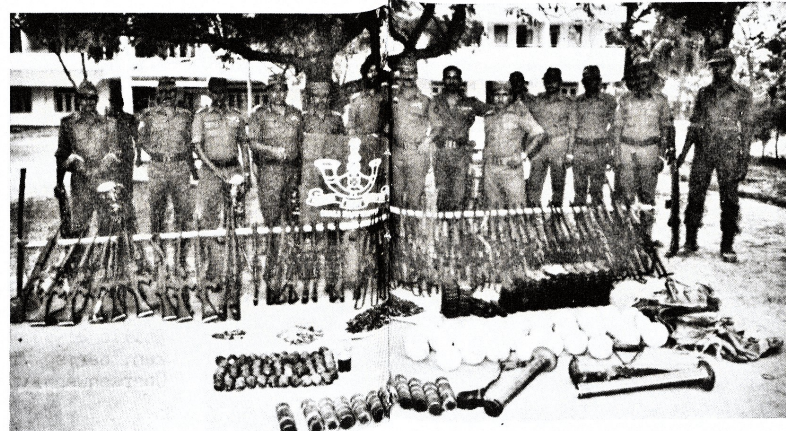
zu beschäftigen. Daher ist mein Vortrag zweigeteilt: zunächst soll die staatliche, anschließend die von militanten Gruppen ausgeübte Gewalt diskutiert werden. Doch lassen Sie mich, bevor ich auf diesen dualen Charakter der Gewalt in unserem Land zu sprechen komme, noch einige Überlegungen vorausschicken.

Bei der Beschäftigung mit der Gewalt in Sri Lanka ist es sicherlich möglich, die tieferen sozialen Ursachen herauszuarbeiten - die Auseinandersetzung verschiedener ethnischer Gruppen und ökonomischer Klassen um die Verteilung der Macht und der Ressourcen, um sozialen Aufstieg und die Kontrolle über den Staatsapparat. Ich bezweifle weder den Wert noch die Notwendigkeit solcher Analysen. Aber ich werde hier das Phänomen der Gewalt anders angehen. Die zugrundeliegenden sozialen Ursachen, die den Konflikt und die Spaltungen in der Gesellschaft bewirken, sind sehr real. Doch die Art und Weise, wie diese gesellschaftlichen Bedingungen und die daraus resultierenden Probleme sich in kontinuierliche und umfassende Gewalttätigkeit wandeln, hat nichts mit Schicksal und Verhängnis zu tun. Die Umwandlung von Konflikt zu Gewalt in dieser Form ist abhängig von bewußten Entscheidungen: von der Wahl und dem Willen der Führer - denjenigen, die den Staatsapparat kontrollieren, und denjenigen, die dagegen kämpfen. Sie ist abhängig von der Bewertung ersterer, was zur Aufrechterhaltung der staatlichen Sicherheit legitim ist, und letzterer, was für den Widerstand und Umsturz gerechtfertigt erscheint. Häufig sind es diesbezügliche Entscheidungen einer der beiden Kräfte, die eine Gegenreaktion der anderen Seite bewirken, wie die jüngste Geschichte mit ihren staatlichen und anti-staatlichen Gewaltzyklen deutlich gezeigt hat. Es geht mir hier um diesen Bereich, in dem politische Akteure mit ihren bewußten Entscheidungen den Grad der Gewalt in unserer Gesellschaft erhöhen oder reduzieren können.

Wenn ich sage 'bewußte Entscheidungen', möchte ich nicht behaupten, daß sich der Entscheidungsträger - der Regierungschef, der Führer einer militanten Organisation, oder sonst jemand - der ultimativen Konsequenzen seiner Aktionen immer bewußt ist. Seine Entscheidungen basieren häufig auf Überlegungen der augenblicklichen Zweckmäßigkeit, der kurzfristigen Nützlichkeit. Doch deshalb ist es umso wichtiger, die weiterreichenden und längerfristigen Konsequenzen solcher Entscheidungen ins Blickfeld zu rücken. Werfen wir einen Blick zurück auf jenen verhängnisvollen Tag im Jahre 1956, als der 'Official Language Act' vom Parlament verabschiedet wurde: Die Annahme der Politik des 'Sinhala Only' war eine solche momentane Entscheidung, die den historischen Weg Sri Lankas bleibend veränderte. Einige von uns mögen wünschen, daß der damalige Premier S.W.R.D. Bandaranaike den Mut und die Konsequenz der liberalen Prinzipien eines Jawahar-



Die staatlichen Sicherheitskräfte haben Tausende Tote umgebracht (Fotos: Keller)



oben: Glorifizierung von Gewalt auf Postern in Indien; unten: Indische Soldaten präsentieren indische Soldaten die von den tamilischen Guerilla abgegebenen Waffen



lal Nehru besessen hätte, als dieser davon abließ, dem Süden Indiens Hindi als offizielle Staatssprache aufzuzwingen. Doch geht es mir hier nicht um diesen Aspekt der Ereignisse von 1956, sondern um einen anderen, der hinsichtlich der Frage der Gewalt von größerer Tragweite war. Am gleichen Tag, als das Parlament das Gesetz verabschiedete, wurden tamilische Opponenten, die einen Sitzstreik (satyagraha) gegen dieses Gesetz am 'Galle Face' in Colombo durchführten, von eigens dafür dorthin transportierten Schlägertrupps angegriffen und verprügelt. Der Regierungschef ließ dies nicht nur zu. Nachdem die Polizei gekommen war, um die Ruhe wiederherzustellen, befahl er ihr, sich zu entfernen. Dies war der erste einer Reihe von Vorfällen in den 50er und 60er Jahren: den friedlichen Protesten tamilischer Organisationen wurde mit Gewalt begegnet. Die langfristigen Konsequenzen dieser gewalttätigen Reaktionen wurden in den 70er und 80er Jahren sichtbar, als eine jüngere und militantere tamilische Generation in Erscheinung trat, die ihren Kampf mit anderen Mitteln vorantrieb.

Vergleichen wir diese Ereignisse mit anderen, welche keine ethnischen, sondern sozio-ökonomische Ursachen hatten. 1978 und 1979 gab es verschiedene Fälle, in denen streikende Arbeiter und Streikposten sowie demonstrierende Studenten auf den Universitätsanlagen von Schlägertrupps teilweise mit extremer Brutalität angegriffen wurden. Das Recht, zu streiken und Streikposten aufzustellen und das Recht, friedlich zu demonstrieren, waren bis dahin als normale demokratische Rechte angesehen worden. Nun wurde ihnen mit Gewalt begegnet.

Was dachten sich die Machthabenden, als sie auf diese Art mit Angehörigen der Minderheit, die einen Sitzstreik durchführten, mit Arbeitern und Studenten umgingen? Vielleicht sagten sie sich: 'Wir verpassen ihnen eine Lektion, die sie niemals vergessen werden!' Doch die Lektion daraus war eine ganz andere als die beabsichtigte. Die Führung der tamilischen politischen Bewegung sowie die der Arbeiterklasse und der Studentenbewegung wurde von den Parteien und Organisationen, die innerhalb des verfassungsmäßigen und demokratischen Rahmens arbeiteten, getrennt. Die Zerschlagung demokratischer und friedlicher Opposition bestärkte den Glauben, daß Gegen Gewalt die einzige wirkungsvolle Waffe gegen einen Staat sei, der bereit war, selbst auf Gewalt zurückzugreifen. Das berüchtigte Referendum von 1982, gekoppelt mit der weitverbreiteten Gewalt von Seiten der Regierung, ließ diesen Glauben zu einer grundlegenden Skepsis gegenüber dem wichtigsten Mechanismus der Demokratie anwachsen: Dem Konzept demokratischer Wahlen. So hat die staatliche Gewalt im Norden und im Süden den Extremismus gefördert und diejenigen gestärkt, deren Mittel der Auseinandersetzung die AK-47 und T-56 waren (Schnellfeuerwaffen sowjetischer bzw. chinesischer Bauart, Anmerkung der Redaktion).

Als der Staat einmal mit bewaffnetem Widerstand konfrontiert war, wurde auf eine andere Begründung zurückgegriffen, um die Zuhilfenahme uneingeschränkter Gewalt zu rechtfertigen: Das eigentliche Überleben des Staates war bedroht; daher waren alle Mittel erlaubt, um gegen jene, die den Umsturz anstrebten, vorzugehen. 'Im Krieg gibt es keine Regeln': Diese Maxime der Selbstrechtfertigung konnte man oft von jenen hören, welche die Macht über Leben und Tod des Volkes in den Händen halten. Folter, willkürliche Tötungen, Terror gegen Zivilisten - alles konnte auf dieser Grundlage als notwendige Maßnahme zur Selbsterhaltung des Staates legitimiert werden.

Tatsächlich gibt es eine tödliche Symmetrie zwischen dieser Logik der Herrschenden und der Logik militanter Gruppen, die mit ihnen in einen Kampf auf Leben und Tod verstrickt sind. Beide glauben, das Ziel rechtfertigt die Mittel. Im einen Fall ist das Ziel die Bewahrung der Demokratie, die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, im anderen die nationale oder soziale Befreiung. In beiden Fällen gilt ein Menschenleben nur als ein kleiner Preis für das hohe, das angestrebte Ziel. (...)

Ich werde mich später der Praxis der militanten Gruppen zuwenden. Zunächst muß hier diese wahnsinnige Logik in Frage gestellt werden, daß mit undemokratischen Methoden Demokratie bewahrt werden könne und mit Gesetzesbruch Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten sei. Eine gewählte Regierung hat selbstverständlich das Recht, sich gegen gewaltsame Umsturzversuche zu verteidigen. Doch ein demokratischer Staat kann niemals illegale Methoden anwenden, auch nicht gegen Terrorismus und Aufbruch, ohne dabei seine Legitimation zu verlieren. Die Folge der Inanspruchnahme solcher Methoden ist, daß der Staat die Sympathien und die Zusammenarbeit mit denjenigen verliert, die er zu verteidigen vorgibt. Bürgerkriege werden nicht primär mit Gewehren gewonnen, sondern mit der Unterstützung des Volkes. In dieser politischen Schlacht wird jedes Folteropfer, jede willkürlich exekutierte Person, jedes terrorisierte Dorf - unabhängig von den kurzfristigen Auswirkungen - längerfristig der anderen Seite nützen. Dies zeigte sich deutlich im Norden und Osten, und hat sich seitdem in anderen Gebieten unseres Landes bestätigt.

Ich muß der Logik der militanten Gruppen, die Gewalt als Methode politischen Kampfes anwenden, kritisch entgegen-treten. Die Probleme, die sich daraus ergeben, unterscheiden sich in einigen wichtigen Belangen von denjenigen, die mit der staatlichen Gewalt verknüpft sind. Demokratisch gewählte Regierungen beanspruchen, politischen Prinzipien verpflichtet zu sein, welche willkürliche Gewalt ausschließen. Machen sie dann Gebrauch von illegalem Terror, sind sie auf der Basis ihrer erklärten Prinzipien angreifbar. Militante Gruppen machen jedoch kein Geheimnis daraus, daß Gewalt eines ihrer Mittel ist, um gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen.



Die JVP ist für einen Teil des Terrors Opfer von 'Killerkommandos' der Regierung

verantwortlich (Foto: Walter Keller) ung (Foto: SAB-Archiv)



Tatsächlich stellen sich militante Gruppen in die Aura einer historischen Tradition: Der Revolution als Akt der Befreiung. Im nächsten Monat werden Frankreich und die Welt die 200-Jahr-Feierlichkeiten der großen Revolution begehen; und die russischen und chinesischen Revolutionen und die anderen, die ihnen folgten - alle appellieren an unseren Glauben und unser Vertrauen in das Recht der Völker, ungerechte und tyrannische Herrscher zu stürzen. Ob alles, was in diesen Revolutionen geschah, wünschenswert war, kann bezweifelt werden. Wie auch immer: Der Befreiungscharakter der großen Revolutionen ist anzuerkennen - nicht zuletzt auch in ihrer Fähigkeit, sich nach Perioden der Reaktion jeweils zu regenerieren und diesen Charakter wieder geltend zu machen. Warum aber können wir dann die Position einnehmen, daß Gewalt in allen Formen und unter allen Umständen zu verdammen sei? Oder sollten wir vielmehr den militanten Gruppen ihren Anspruch zugestehen, daß Gewaltanwendung im Namen der Befreiung als gerechtfertigt zu akzeptieren sei?

Ich gehöre nicht zu denjenigen, die die marxistische Theorie als heilige Schrift betrachten, deren Autorität unangreifbar ist. In Wahrheit verabscheue ich es, mir eine Etikette um den Hals zu hängen und mich selber einen 'Marxisten' zu nennen. Doch hinsichtlich dieser speziellen Frage der Gewalt sind meines Erachtens viele Gedanken und Überlegungen der klassischen Marxisten noch immer gültig und brauchbar, und sie erleichtern es uns, zu einem Urteil über die Gewalt der heutigen militanten Gruppen zu kommen.

Die klassischen Marxisten machten eine klare Unterscheidung zwischen Volksrevolutionen, in denen die breiten Massen aktiv für den Umsturz des bestehenden Staates eintraten, und allen anderen Formen von Coups, Putschen und Verschwörungen, bei denen eine organisierte Minderheit die staatliche Kontrolle in die eigenen Hände zu bekommen trachtet. Ebenfalls unterschieden sie zwischen den Methoden, die bei den beiden Umsturzformen des Staates angewendet werden. Massenagitationen, Demonstrationen sowie andere Aktionen mit aktiver Beteiligung des Volkes, und Massenaufstand sind revolutionäre Formen. Terroristische Taten, wie Bombenexplosionen auf öffentlichen Plätzen, Sabotageakte und die Ermordung von Individuen hingegen sind das Werk von Gruppen, die von sich selbst glauben, sie handelten sozusagen im Auftrag des Volkes. Dies bedeutet nicht, daß in Revolutionen das Volk immer spontan agiert. Schon immer gab es einen gewissen Organisationsgrad im Volk und auch Führer des Volkes. Die Massen erheben sich jedoch nicht so ohne Weiteres - es sei denn, sie sehen keine andere Möglichkeit mehr, ihre Bedingungen zu verändern. Dies ist die moralische Rechtfertigung der Gewalt in einer Volksrevolution: Daß die Massen mit ihren Aktionen gezeigt haben, daß es keinen anderen Weg mehr gibt.

Wenn aber eine Minderheit durch Anwendung von Gewalt und Terror eine gesellschaftliche Veränderung herbeizuführen

versucht, und das Volk Zuschauer bleibt, dann müssen wir uns nicht nur fragen: 'Rechtfertigt das Ziel die Mittel?', sondern auch, nach Lassalle: 'Führen die Mittel tatsächlich zu diesem Ziel?' Wenn Befreiung das Ziel ist - und das heißt zu allererst eine freiere, gerechtere und menschlichere Gesellschaft - kann dies wirklich erreicht werden mit Bombenanschlägen, ohne Rücksicht auf mögliche Opfer, mit der Massakrierung schutzloser und unschuldiger Menschen, nur weil sie eine andere Sprache sprechen, mit der Eliminierung derjenigen, welche einem anderen politischen Lager angehören, einschließlich der Auslöschung ihrer ganzen Familien? Die Praxis solch wahlloser und uneingeschränkter Gewalt verdirbt und brutalisiert diejenigen, die daran teilnehmen, diejenigen, die den Befehl dazu geben, und diejenigen, die sie dann ausführen. Und wenn diese dann an die Macht kommen, wird die Praxis der Gewaltanwendung der neu gestalteten Gesellschaft ihren Stempel aufdrücken. Wie anders kann eine solche Gesellschaft aussehen als autoritär organisiert und reglementiert, mit einer politischen Führung, die vom Volk nicht kontrolliert werden kann und dem sie keine Rechenschaft ablegen muß. Eine Gesellschaft, in der jegliche abweichende Meinung rücksichtslos ausgemerzt werden wird? (...)

Ich möchte noch kurz verweilen bei der Frage der Ermordung einzelner Personen, da sie wichtig ist für das Schicksal des Mannes, dem wir heute gedenken. Ich glaube, daß alles, was wir in den letzten zehn Jahren durchgemacht haben, die Richtigkeit und Weisheit jener bestätigt, die Mord als legitime Methode zur Erlangung jeglicher Befreiung immer ausgeschlossen haben. Man mag mit der Eliminierung unpopulärer Politiker oder der Handlanger staatlicher Unterdrückung beginnen und deren Tod als Vergeltung für die von ihnen begangenen Verbrechen rechtfertigen; und vermutlich werden nur wenige Menschen diesen Leuten eine Träne nachweinen. Doch wenn jemand einmal diesen schlüpfrigen Pfad betreten hat, gibt es keine Möglichkeit mehr, ihn irgendwo wieder zu verlassen. Als nächstes werden Polizeispitzen umgebracht und man wird sich wieder im Recht fühlen. Aber auch an diesem Punkt gibt es kein Ende, weil das heilige Ziel der Befreiung die Auslöschung aller Menschen, die ein Hindernis auf diesem Weg darstellen, rechtfertigt. Und man ist sich sicher, daß man selber, beziehungsweise die Gruppe, die einzig richtige Formel besitzt, um das Ziel 'Befreiung' zu erreichen. Diese Kombination des kompletten Überzeugtseins in die eigene Unfehlbarkeit mit der totalen Skrupellosigkeit in der Wahl der Mittel ist fürchterlich und erschreckend. Mit dieser Logik versehen wird man weitermachen und sogar Mitglieder anderer Gruppen und Parteien umbringen, die die gleichen Ziele anstreben - in den eigenen Augen aber die falschen Methoden anwenden. Aber auch dann wird man nicht aufhören, nicht mehr aufhören können. Denn mit der gleichen Logik sind Mitglieder der eigenen Gruppe, die anderer Meinung sind, als Verräter an der Sache zu betrachten und müssen daher eliminiert werden. Und es gibt keinen Grund anzunehmen, daß dieser Prozeß mit der Erlangung der Macht aufhört.



Eines der prominentesten Opfer des Terrorismus: Vijaya Kumaranatunge, Schauspieler und Politiker (Foto: Walter Keller)

WHAT LOW BRUTISHNESS WAS THAT ?

David Selbourne

"The disappearance and probable death of poor Kanthasamy has afflicted me like no other horror of the Sri Lankan Disaster. He was one of the very best and most honest of men, equal to twenty of your Prabhakarans and other such tinpot heroes, who are leading the Tamils towards a long term political and moral disaster, which the present savagery of the conflict, and the resolutions of support from this or that useless conference, prevent them from seeing.

That EROS could do this, and get away with it with such little genuine Tamil condemnation, condemns the Tamil cause itself to perdition. But there is no need for me to condemn it. It is self-condemning, and after all, who am I? In any case, the Tamil cause itself, as a moral struggle for justice, had begun to be lost once the killings of innocent Sinhalese citizens, at the hands of Tamil "freedom fighters", had begun a few years ago. Moreover, despite the struggle, I now think that there will neither be Eelam, nor 'true' federalism, nor genuine devolution, nor anything else which is just and fair to the Tamils this century, if ever. I had not wanted to say this out in the open earlier, be-

cause it would have lent some legitimacy to the wickedness of Colombo, which is incorrigible also. But since the presumed death of Kanthasamy I think that such silence is pure cowardice.

As for your role, it will always be remembered as absolutely heroic in its way, and you could do no less, and no more, than you have done. You were right to do it. But the truth is that it makes no difference to the fact that the Tamils have lost the moral war—and will eventually lose the political one also even though they have 'won' a few of the guerrilla military battles, and will go on 'winning' this or that encounter in the next 10 years. They will also go on bumping off innocent Sinhalese citizens — an easy matter to achieve — just as Sinhalese (and now Indians) will go on bumping off innocent Tamils. But without morally worthy and politically significant leaders the Tamils will get nowhere. Their struggle has often been courageous, but it has not got them where they think it has got them. You know that I don't think them any nearer real and lasting political advances now than they were five years ago. Your compatriots are far too skilful (and

cynical) for them. But abducting and killing Kanthasamy! What low brutishness was that? What does it say of the men who did it? Answer: they are no better than the drunken gangsters who killed Rajasunderam in Welikade Prison....."

From a letter to Dr. Brian Senewiratne dated 1 September 1988 "Kanthasamy's death dwarfs everything. I remain shocked and disheartened by it to this moment..... People have become used to suffering and one death among so many that assault us has become tragically a trivial matter."

From a letter to Suriya Wickremasinghe dated 19 April 1989.

David Selbourne, a former lecturer in political theory at Ruskin College, Oxford, is the author of several books and a regular contributor to the British newspapers *The Guardian*, *The Independent*, and *The Sunday Times*. He has taken a keen interest in human rights in Sri Lanka, on which he has written and spoken frequently, espousing in particular the cause of justice for the Tamils.

ren würde. Er wird im Gegenteil den Weg für eine Gesellschaft mit permanenten Säuberungen, Folterkammern, Konzentrationslagern und Hinrichtungsstätten bereiten.

In diesem Licht verstehen wir, warum Kandiah Kanthasamy sterben mußte. Er glaubte an die Freiheit des Gewissens, der Einsicht und der Urteilsfähigkeit eines jeden Menschen. Und er war nicht bereit, diese Freiheit irgendeiner politischen Organisation oder Führung unterzuordnen. Als ich den Gedenkband las, der zur Erinnerung an ihn vom 'Kanthasamy Commemoration Committee' herausgegeben wurde (siehe Auszüge), war ich besonders beeindruckt von einigen Passagen aus seiner Feder, die ich vorher noch nie gelesen hatte, und die präzise und unverblümt zum Ausdruck bringen, wie kompromißlos er sich der Unabhängigkeit und Freiheit aller Gedanken und Handlungen verpflichtet fühlte.

(...) Es ist deshalb nicht schwer zu verstehen, daß die pure Existenz eines solchen Menschen eine Bedrohung für all jene Gruppen darstellte, welche eine erzwungene Einformigkeit der Meinungen und Ansichten durchzusetzen versuchten. Kanthasamy wird mit Recht als ein Märtyrer für eine Sache geehrt, für deren Verteidigung sich heute in diesem Land viel zu wenige Menschen einsetzen.

(Übersetzung der Rede: Geert van Dok)